Einflussfaktoren auf studentisches Engagement in Gremien von Hochschule und studentischer Selbstverwaltung

Karin Setzpfandt

Gerade wurden die letzten Spuren der Universitätsbesetzungen aus den Hörsälen der großen Universitäten in Berlin oder München entfernt und nicht wenige Beobachter werden die Energie, das Durchhaltevermögen der Kommilitoninnen und Kommilitonen und auch den Zeitaufwand der Proteste mit Respekt zur Kenntnis genommen haben. Die wirksamen Proteste können aber nicht davon ablenken, dass nur ein Bruchteil der Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung oder sonst hochschulpolitisch aktiv ist. Woran liegt das?

Der Bologna-Prozess hat in den vergangenen Jahren die Hochschullandschaft nachhaltig gewandelt. Diese Veränderungen sind nicht nur im Bereich der Forschung und Lehre zu spüren, sondern wirken sich insbesondere auf die Studierenden und ihr Leben aus. Das Diplom als Studienabschluss wurde abgeschafft. Langjähriges Studieren ohne einen Schein zu erwerben, ist nahezu unmöglich geworden. Im fast vollständig verschulten System der Bachelorstudiengänge zählt jede Note, vom ersten bis zum letzten Seminar. Die vollen Stundenpläne und die mangelnde Flexibilität in der Gestaltung derselben machen es schon ohne zusätzliches Engagement schwer möglich, einen Nebenjob anzunehmen. Dieser ist aber für viele Studierende von großer Bedeutung. Schließlich arbeiteten 2006 60% aller Studierenden neben dem Studium, während nur 28,9% BAföG bezogen (Isserstedt et al. 2006, S. 17).

Die Arbeit in Hochschulgremien steht zusätzlich in Konkurrenz zu anderen möglichen Formen von politischem Engagement. Es ist nämlich nicht so, dass Studierende generell unpolitisch sind. So stieg der Anteil der politisch interessierten Jugendlichen zwischen 2002 und 2006 von 34% auf 39% (Shell-Jugendstudie 2006).

Die Arbeit in akademischen Gremien wird aber von vielen als unbefriedigend wahrgenommen. Häufig sind es die Sitzungen an sich, die den studentischen Mitgliedern das Gefühl vermitteln, ihre Arbeit sei unbedeutend. Für die Gruppe der Studierenden ist es nicht einfach, ihre Forderungen und Ansichten durchzusetzen, denn sie stehen in allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung einer Mehrheit von Vertreterinnen und Vertretern der Professoren gegenüber. Das mindert die Motivation. Das ist in der verfassten Studierendenschaft also im Studierendenparlament (StuPa) oder dem Allgemeinen Studieren-

https://doi.org/10.5771/9783845267814-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - cc by

denausschuss (AStA) anders. Manche kritisieren, dass der Zuständigkeitsbereich dieser Gremien zu gering sei, denn das Mandat ist ausschließlich hochschulpolitisch. Der AStA und das Studierendenparlament können zwar im Sinne einer politischen Partei agieren, wie es an einigen großen Universitäten der Fall ist. Allerdings ist dies nicht zwangsläufig notwendig und für die tatsächliche Arbeit beider Gremien von untergeordneter Bedeutung, da die Mitwirkung an allgemeinpolitischen Themen aufgrund des beschränkten Wirkungsbereiches der verfassten Studierendenschaft entbehrlich ist.

Auch mit einem bloß hochschulpolitischen Mandat ist die Bedeutung von StuPa und AStA aber nicht zu unterschätzen. Immerhin verwalten diese Institutionen die Beiträge der Studierenden und können dadurch nützliche Einrichtungen wie eine Rechtsberatung finanzieren. Weiterhin werden Sport- und Kulturveranstaltungen angeboten oder finanziell unterstützt. Die Studierenden haben zudem die Möglichkeit, vom AStA angebotene Services wie Computer mit Internetzugang oder Kopierer zu nutzen, die von den Beiträgen angeschafft wurden. Der AStA wird so zum Anlaufpunkt für alle Studierenden.

Die Tätigkeit in diesen Gremien verlangt aber einen hohen Zeitaufwand. Die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungsunterlagen und der damit verbundene Zeitaufwand sind nur ein Teil der Herausforderung, aber nicht zu unterschätzen. Weil diesen zeitlichen Aufwand neben dem Studium nicht jeder erbringen möchte oder kann, wechseln die Amtsinhaber sehr häufig. Das wiederum führt auch bei denen, die „ausharren“ zu Frustration, denn es müssen immer wieder neue Kommilitoninnen und Kommilitonen gewonnen und eingearbeitet werden.

Obwohl für die Übernahme von AStA-Referaten sogar eine gewisse Bezahlung geboten wird, reicht dieser monetäre Anreiz nicht aus. Hochschulpolitische Arbeit kann nicht nach der erbrachten Leistung „entlohnt“ werden. Die Aufwandsentschädigung ist tatsächlich nur als solche zu verstehen und mit dieser Zahlung ist der zeitliche Aufwand eines einzelnen Referenten nur selten abgegolten.

Wenn man dies alles betrachtet, fragt sich, was überhaupt die Motivation von Studierenden ist, sich in Hochschulgremien zu betätigen. Ein wichtiger Grund ist sicher die Möglichkeit, auf die Gegebenheiten in der Hochschule einzuwirken. Studierende können direkt an Diskussionen teilnehmen und so Entscheidungen im studentischen Sinne beeinflussen. Die Möglichkeit, sich an der eigenen Hochschule für die Belange der Studierenden einzusetzen und damit direkten Einfluss auf das zu nehmen, was die Studierenden und ihr nahes Umfeld tagtäglich beschäftigt, ist ein ausschlaggebende Faktor für die Entscheidung für hochschulpolitisches Engagement.

Es gibt aber noch weitere Motive für ein solches Engagement. Diese sind so unterschiedlich wie die Studierenden selbst. Für die einen ist es die Chance, über

https://doi.org/10.5771/9783845267814-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

den Tellerrand ihrer Lehrveranstaltungen und damit hinter die Kulissen zu blicken, andere sehen hier die Möglichkeit, ihre *Softskills* zu erweitern und wieder andere hoffen auf einen neuen „Posten" für ihren Lebenslauf. Keiner dieser Gründe ist „der Richtige" oder „der Falsche", um sich zu engagieren, sofern man mit Spaß, aber auch Verantwortungsbewusstsein für die Aufgabe und dem nötigen Herzblut bei der Sache ist. Allerdings wurden durch die Bologna-Reform die äußeren Umstände negativ verändert. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, neben den Vorlesungen einem intensiven hochschulpolitischen Mandat oder gesellschaftlichen Ehrenamt nachzugehen.

Kleinere Verbesserungen könnte die Hochschule erreichen, wenn etwa der Einfluss der Studierenden in den Gremien verbessert würde. Sicher ist es nicht immer zielführend, allen Forderungen der Studierenden oder der Studierendenvertretung nachzukommen, allerdings wäre es im Hinblick auf die studentischen Ziele und dem Einsatz der Vertreter sinnvoll, den Vorschlägen und Anmerkungen immer offen gegenüberzustehen, um lösungsorientierte Diskussionen auf allen Ebenen zu ermöglichen. Das soll als Aufforderung an die Gremien verstanden werden, die Interessen der Studierenden ernst zu nehmen und gegebenenfalls umfassender zu diskutieren, um einen breiten Konsens zu ermöglichen. Eine von den studentischen Vertretern mitgetragene hochschulpolitische Entscheidung stößt auch bei der weniger interessierten Studierendenschaft auf mehr Zustimmung und lässt sich somit besser umsetzen.

Die Studierenden müssen für ihre Rechte sensibilisiert werden und es muss ihnen gezeigt werden, dass der Einsatz für die eigene Hochschule lohnenswert ist. Nur dann werden sie bereit sein, die erforderliche Freizeit in diese anspruchsvolle Aufgabe zu investieren. Um dieses Ziel zu erreichen wäre eine Unterstützung des hochschulpolitischen Engagements seitens der Hochschule wünschenswert, zum Beispiel durch Erleichterungen in der Organisation des Studienalltages durch eine Bevorzugung bei der Belegung der Seminare, eventuell auch für die Zuweisung von Leistungspunkten (soft-skills) an Studierende, die über längere Zeit ein Mandat übernommen haben.

Für Bundesländer, in denen Studiengebühren erhoben werden, könnte man auch daran denken, Studierenden mit Mandat diese für die Dauer ihrer Amtszeit zu erlassen. Der Rektor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer, unterstützt diese These:

> „Im Zuge der Novellierung des Landeshochschulgesetzes plädierten die Universitätsrektoren einhellig dafür, die in den universitären Gremien aktiven Studierenden – wie es in anderen Ländern bereits praktiziert wird – von den Studiengebühren zu befreien. Leider hat diese Forderung bislang keinen Eingang in den Gesetzestext gefunden." (Schiewer 2009)

https://doi.org/10.5771/9783845267814-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - cc by

Nach alledem muss man sagen, dass hier noch viel zu verbessern bleibt und dass leider die Bologna-Reform die Rahmenbedingungen für hochschulpolitisches Engagement von Studierenden verschlechtert hat.

Literatur

Isserstedt, W./Middendorff, E./Fabian, G./Wolter, A (2006): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. Berlin

Schiewer, H. J. (2009): Studentisches Engagement ist vielfältig, Interview in unikosmos.de (Internet: http://www.unikosmos.de/artikel5328,2.htm; zuletzt abgerufen am 26.2.2010)

Shell Jugendstudie 2006: 15. Shell Jugendstudie (Internet: http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2006/; zuletzt abgerufen am 26.2.2010)

https://doi.org/10.5771/9783845267814-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -